

Alarmstimmung bei Afghanistans Nachbarn

Der Vormarsch der Taliban sorgt in der ganzen Region für massive Unruhe. Europa wiederum blickt vor allem wegen der Flüchtlingsfrage aufmerksam auf den Hindukusch.

Von Klaus Huhold

So ganz, wie sie es vorgehabt haben, kommen die USA doch noch nicht los von Afghanistan. So haben sie ungeachtet des Abzugs ihrer Truppen nun noch einmal ihre Luftangriffe verstärkt. Der Grund dafür ist der rasante Vormarsch der Taliban. Die USA bombardieren nun wieder verstärkt die Radikalisten.

Damit soll den afghanischen Streitkräften Zeit verschafft werden, sodass diese sich sammeln und für ihre Gegenschläge besser organisieren können. Gleichzeitig wollen die USA aber so schnell wie möglich raus aus diesem Krieg und halten es sich offen, ob sie ihre Luftschläge auch nach dem 31. August, wenn der Truppenabzug abgeschlossen sein soll, fortsetzen werden.

Allerdings stellt sich die Frage, warum der afghanischen Armee in wenigen Wochen gelingen soll, was in 20 Jahren eines missglückten Staatsaufbaus nicht gelungen ist – nämlich eine schlagkräftige Armee zu werden, die ihr Land verteidigen kann. Sie versucht nun mit der US-Luftunterstützung, zumindest einmal die wichtigsten Straßen und vor allem Städte zu halten. Nachdem die Taliban in den vergangenen Wochen durch die ländlichen Regionen durchmarschiert waren, greifen sie jetzt die Städte an. In Kandahar und Herat etwa sind sie schon eingedrungen, und es spielen sich dort heftige Gefechte ab. Niemand kann sich mehr sicher fühlen – diese Botschaft haben die Taliban am Freitag mit der Ermordung von Dawa Khan Menapal, des Chefsprechers der Regierung, unterstrichen.

Russland zeigt Stärke, China Pragmatismus

Joseph L. Votel, der einstige Oberbefehlshaber des US-Zentralkommandos, meint jedoch, dass es in den Städten wesentlich schwieriger für die Taliban werden würde. Denn dort würden sie auf die Führung der Gegenseite treffen, „die um ihr Leben kämpft“, sagte Votel der „New York Times“. Auch das russische Außenministerium kam bei seiner jüngsten Analyse zu dem Schluss, dass den Taliban bei ihrem Vormarsch die Luft ausgehen würde. „Sie besitzen nicht die

Auch örtliche Milizen (wie hier im Bild) kämpfen gegen die Taliban. Foto: apa / afp / Farshad Usyan



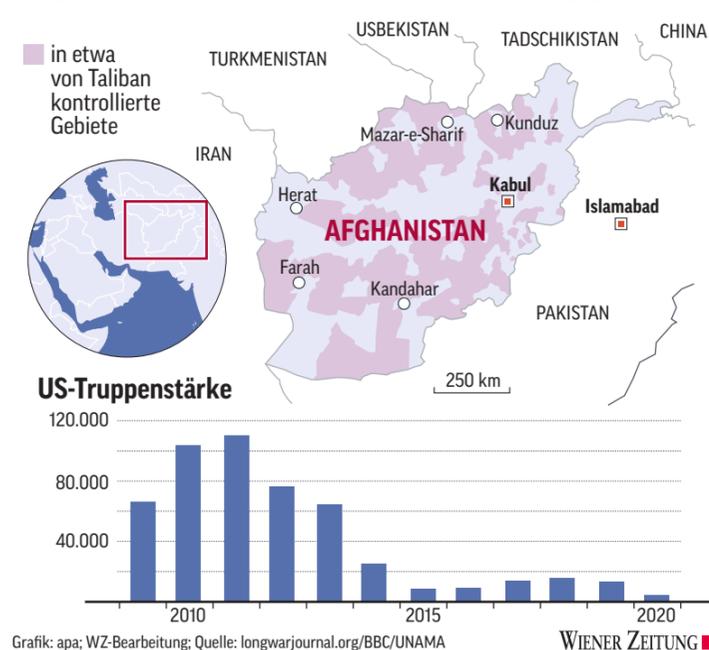
Ressourcen, um größere Städte zu erobern und zu halten“, sagt Alexander Vikantov, ein Pressesprecher des Ministeriums.

Trotzdem versetzt der US-Abzug und der damit einhergehende Vormarsch der Taliban Russland – wie auch alle andere Staaten in der Region – in massive Unruhe. So hat Russland nun mit Tadschikistan und Usbekistan eine Militärübung an der afghanischen Grenze durchgeführt. Dabei wurde auch trainiert, wie das Eindringen von Terroristen verhindert werden kann.

Diese Sorge treibt auch China um, das ebenfalls an Afghanistan, wenn auch nur in einem sehr unwegsamen Gebiet über 76 Kilometer, grenzt. Denn mit den Uiguren leben auch im Westen Chinas Moslems. Sie dürfen ihren Glauben nicht frei ausleben und hunderttausende von ihnen befinden sich in Internierungslagern. Gleichzeitig haben uigurische Terroristen in China bereits Anschläge verübt und die KP in Peking fürchtet nun eine Verbrüderung mit den Taliban.

Der Ansatz, den China wählt, ist ein äußerst pragmatischer. Peking stuft die Taliban nicht als Terrorgruppe, sondern als politische Kraft in Afghanistan ein und führt auch schon ganz offiziell Gespräche mit ihnen. Die Taliban könnten, sollten sie längerfristig politischen Einfluss haben, von einer Zusammenarbeit mit China finanziell profitieren – lagern in

Afghanistan bald ohne US-Truppen



Afghanistan doch Edelmetalle, Gas und Öl. Inwieweit China in einem derart instabilen Umfeld investieren will, ist aber fraglich.

Peking hat noch einen weiteren Hebel, um Einfluss auf die Taliban zu nehmen: Pakistan. Die beiden Länder sind nämlich durch die „Neue Seidenstraße“, in deren Rahmen China Infrastrukturprojekte wie Häfen in Pakistan mit der dortigen Regierung hochzieht, eng zusammenrückt. Und Pakistan hat in den 1990er Jahren die Taliban massiv unterstützt,

um Einfluss im benachbarten Afghanistan zu haben.

Auch wenn Pakistan das abstreitet, pflegt es laut Experten noch immer sehr enge Kontakte zu den Taliban. „Wenn die Taliban aus Afghanistan nach Pakistan kommen, gehen sie direkt in die Stadt Quetta, um sich dort mit ihren Führern abzustimmen“, sagte etwa der Buchautor Ahmed Rashid, der als einer der weltweit besten Kenner der Taliban gilt, dem Online-Portal „Qantara.de“. Mit dem Aufstieg der Taliban hat

Pakistan wieder mehr Macht in der Region gewonnen – muss aber auch mit mehr Flüchtlingen rechnen.

Österreich will weiter nach Afghanistan abschieben

Die Flüchtlingsfrage ist in Europa schon längst in das Zentrum der Afghanistan-Debatte gerückt. Dabei geht es vor allem um die Frage, inwieweit abgelehnte und vor allem straffällige Asylwerber in ein derart unsicheres Land abgeschoben werden können. Mit Verweis auf die Sicherheitslage hatte kürzlich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die geplante Abschiebung eines abgelehnten Asylwerbers aus Österreich gestoppt. Und auch die afghanische Botschafterin in Wien, Manizha Bakhtari, hatte in einem Ö1-Gespräch gebeten, Abschiebungen vorerst auszusetzen, da die Taliban Terror verbreiten würden und man schon die intern Vertriebenen in Afghanistan kaum versorgen könne.

Bakhtari wurde daraufhin ins Außenministerium einbestellt, wo noch einmal Österreichs Position betont wurde, dass ein Aussetzen der Abschiebungen nicht zur Debatte stehe. Vielmehr forderte Österreich diese Woche gemeinsam mit Deutschland, Dänemark, Belgiens, den Niederlanden und Griechenland, dass vor allem straffällig gewordene Afghanen weiter aus der EU gebracht werden sollen. ■

Mit großer Betroffenheit geben die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes bekannt, dass ihr Kollege und früheres Mitglied des Gerichtshofes

Univ.-Prof. Dr. Herbert Haller

am 31. Juli 2021 im 81. Lebensjahr verstorben ist.

Er hat von 2003 bis 2010 mit großem Einsatz im Verfassungsgerichtshof gewirkt und blieb diesem bis zuletzt verbunden.

Unsere tiefe Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

Univ.-Prof. DDr. Christoph Grabenwarter
Präsident des Verfassungsgerichtshofes

Wir trauern

um

Emer.Univ.Prof. Dr. Marianne Lunzer

(22.7.1919 – 27.7.2021)

Marianne Lunzer promovierte 1942 an der Universität Wien zum Dr.phil. und begann ihre wissenschaftliche Karriere anschließend am 1942 eröffneten Institut für Zeitungswissenschaft, wo sie sich 1954 habilitierte.

Ende 1981 übernahm sie, nach dem Tod von Prof. Dr. Kurt Paupié, die Leitung des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, die sie bis zu ihrer Emeritierung Ende 1985 innehatte.

Unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen.

Der Vorstand, die Studienprogrammleitung, die Studienrichtungsververtretung sowie die Studierenden und die Mitarbeiter*innen des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

